

Trump und die Vereinten Nationen

Zu Beginn des Jahres 2017 übernahm ein neuer und erfahrener Generalsekretär die Leitung der Vereinten Nationen. Zur gleichen Zeit wurde in den USA ein Präsident ins Amt gewählt, der weder über innen- noch außenpolitische Expertise verfügte. Es zeigt sich, dass Donald J. Trumps Prioritäten mit den Idealen und Maßnahmen der UN oft unvereinbar sind.



Barbara Crossette, geb. 1939, war Korrespondentin der New York Times bei den Vereinten Nationen und in Asien und ist UN-Korrespondentin bei The Nation. Gegenwärtig schreibt sie für den UN-Blog PassBlue.

Fast zeitgleich fand zu Beginn des Jahres 2017 sowohl in den Vereinten Nationen als auch in den USA ein Führungswechsel statt. In den Vereinten Nationen wurde die Amtseinführung von António Guterres als Generalsekretär von der Hoffnung begleitet, dass er der Organisation eine neue Dynamik und mehr Sichtbarkeit verleihen würde. Besorgt war man dagegen, dass die US-Regierung unter Präsident Donald J. Trump und dessen nationalistischen Verbündeten im amerikanischen Kongress den UN schädigen könnte, indem sie Gelder zurückhalten und sich aus UN-Sonderorganisationen zurückziehen würden. Damit würden sie Guterres schließlich daran hindern, erfolgreich zu sein.¹ Das vergangene Jahr hat deutlich gezeigt, dass die Launen amerikanischer Politiker die Arbeit der UN überwiegend negativ beeinflussen können.

Im Dezember 2016 – etwas mehr als einen Monat vor seinem Amtsantritt – twitterte Trump beiläufig und verächtlich: Die UN seien »nur ein Club, wo sich Leute treffen, unterhalten und vergnügen. So traurig.« Gegen Ende des Jahres 2017 erkannte Trump jedoch – wie bereits viele seiner Vorgänger –, dass die USA auf die Vereinten Nationen angewiesen sind, um ihrer Außenpolitik internationale Glaubwürdigkeit zu verleihen und Unterstützung zu erhalten. Dies zeigte sich zuletzt in den wiederholten Gesuchen der USA an den Sicherheitsrat,

strengere Sanktionen gegen Nordkorea zu erlassen, um dessen Atomwaffenprogramm zu stoppen.

Doch am Ende eines turbulenten und unberechenbaren Jahres fand ein schlagartiger Richtungswechsel statt. Anstatt Spannungen abzubauen, war das politische Durcheinander in Washington, D.C., wider erwartend Auslöser für erneute Spannungen innerhalb der Vereinten Nationen und anderer internationaler Organisationen. Nachdem Trump am 6. Dezember 2017 Jerusalem als Hauptstadt Israels anerkannte und die Absicht äußerte, die US-Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem zu verlegen, kritisierten UN-Beamte und Diplomaten dies als einen eindeutigen Verstoß gegen zahlreiche UN-Resolutionen.

Vor diesem Hintergrund muss bei einer Analyse der Beziehungen zwischen den USA und den UN jedes Detail berücksichtigt werden. Trump zeigt sich unberechenbar, oft unkoordiniert und über internationale und innenpolitische Angelegenheiten schlecht informiert. So gibt es Kabinettsmitglieder wie etwa Außenminister Rex Tillerson, der versucht hat, einige der Twitternachrichten des Präsidenten zu relativieren. Während Trump von Tag zu Tag ganz willkürlich außenpolitische Entscheidungen fällt, agiert Tillerson stattdessen hinter den Kulissen und trat mit anderen Nationen – insbesondere mit China – ins Gespräch. Den Vereinten Nationen begegnet Tillerson eher zurückhaltend und mit Respekt.

Viele Herausforderungen für Guterres

Trumps politisches Pendant bei den UN ist Generalsekretär Guterres. Der frühere Premierminister Portugals, der in der Zeit von Juni 2005 bis zum Jahr 2015 Hoher Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen war, ist ein Politiker, der strategisch

¹ Siehe Barbara Crossette, Trump Could Be the Most Hostile American President the UN Has Ever Faced, 9.1.2017, einzusehen unter www.thenation.com/article/trump-could-be-the-most-hostile-american-president-the-un-has-ever-faced/ sowie The \$64,000 Question: Can the UN Survive the Trump Era?, 4.12.2016, www.passblue.com/2016/12/04/the-question-is-can-the-un-survive-the-trump-era

vorgeht. Er ist zudem der erste Berufspolitiker, der zum UN-Generalsekretär ernannt wurde. Guterres arbeitet nun mit Trump und dessen ständigen Vertreterin bei den Vereinten Nationen Nikki Haley zusammen. Die ehemalige Gouverneurin von South Carolina verfügte vor Amtsantritt über keinerlei Erfahrungen in der Außenpolitik oder mit internationalen Institutionen. Sie bewies jedoch beachtliche politische Fähigkeiten.² Haley kann eindeutig als »die in der Öffentlichkeit sichtbarste und am häu-

Trump kündigte den Rückzug der USA aus dem Klimaübereinkommen von Paris an.

figsten zitierte Stimme in Präsident Trumps außenpolitischem Team«³ eingeordnet werden.

Ein Mitglied aus dem Team des UN-Generalsekretärs äußerte in einem Interview, dass Trump und Haley, die als dessen vehementeste Unterstützerin auftrat, gemeinsam mit Guterres über die Reform der Vereinten Nationen diskutierten. Aus dieser Zusammenarbeit ist beispielsweise ein konkreter, dennoch kontroverser Vorschlag zur Zusammenlegung der Hauptabteilung Politische Angelegenheiten (Department of Political Affairs – DPA) mit der Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze (Department of Peacekeeping Operations – DPKO) und der Hauptabteilung Unterstützung der Feld-einsätze (Department of Field Support – DFS) hervorgegangen.⁴

Dennoch: Das Jahr 2017 war insgesamt ein schwieriges für die UN. Zum einen versäumten Kritiker es nicht, den Vereinten Nationen bei einer Reihe von Angelegenheiten Fehler vorzuwerfen. Zum anderen wurden die UN von den USA unter Druck gesetzt, die mit ihrem Vorhaben drohten, finanzielle Beiträge zu kürzen, Verwaltungsfunktionen zu reformieren und Friedensmissionen zu reduzieren oder zu beenden. Trump hat in seinem außergewöhnlich destruktiven persönlichen Stil den Austritt aus der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization – UNESCO) und das Ende der ame-

rikanischen Finanzierung für das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (United Nations Children's Fund – UNICEF), UN-Frauen (UN Women) und das Welternährungsprogramm (World Food Programme – WFP) angekündigt.

Anfang des Jahres 2017 verkündete die US-Regierung zudem, dass sie eigenmächtig ihren anteiligen Pflichtbeitrag zum Haushalt der UN-Friedenssicherungseinsätze von derzeit 28,4 Prozent des Gesamtbetrags auf 25 Prozent reduzieren wird. Dieser Beitragssatz wurde während der Präsidentschaft von Bill Clinton von einem von Republikanern dominierten Kongress im Jahr 1997 festgelegt. Dieser Erlass ist immer noch in Kraft und es gibt keine Anzeichen, dass Trump weitere finanzielle Mittel über dieses Niveau hinaus zur Verfügung stellen wird – ganz unabhängig davon, welche Pflichtbeiträge festgelegt wurden.

Des Weiteren kündigte Trump den Rückzug der USA aus dem aktiven Engagement des Klimaübereinkommens von Paris an. Amerikanische Städte und Bundesstaaten signalisierten jedoch bereits, dass sie ihre Versprechen, die Ziele zur Begrenzung der Kohlenstoffdioxid-Emissionen und die Umstellung auf erneuerbare Energiequellen weiterhin verfolgen werden.⁵

Der Neuanfang einer US-UN-Beziehung?

Kurz nach der für viele überraschenden Wahl von Donald Trump im November 2016 kamen erste Bedenken auf, in welche Richtung sich die Beziehungen zwischen den USA und den UN entwickeln würden. Den Vereinten Nationen war Trump vor allem als New Yorker Immobilienunternehmer und nicht als nationale oder internationale politische Figur bekannt. Angesichts des scharfen nationalistischen Tonfalls entlang des Mottos »America First« während seines Wahlkampfes, zeigte man sich weltweit alarmiert über die Auswirkungen, die eine derartige US-Regierung auf internationale Institutionen hätte.

Sowohl am UN-Amtssitz als auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den UN-Organisationen selbst konnten nicht erkennen, inwiefern Trump eine kohärente Außenpolitik verfolgt. Dessen impulsiven Äußerungen auf Twitter waren oft so verwirrend wie auch beunruhigend. »Ehrlich gesagt,

² Jeffrey Laurenti, Is Nikki Haley Hoping to Climb the Ladder?, 7.8.2017, abrufbar unter www.fairobserver.com/region/north_america/nikki-haley-trump-administration-united-nations-american-politics-news-latest-97874/

³ Ebd.

⁴ Dulcie Leimbach, Guterres's Grand Plan to Remake the UN's Peace and Security 'Pillar', 20.10.2017, www.passblue.com/2017/10/20/guterres-big-plan-to-redo-the-uns-peace-and-security-pillar/

⁵ Siehe dazu auch den Beitrag von Manuela Mattheß zur US-amerikanischen Klimaschutzpolitik in diesem Heft.

wissen wir wirklich nicht, was wir denken sollen«, sagte damals ein UN-Bediensteter. »Vor allem wissen wir nicht, mit wem wir reden sollen. Es gibt kein außenpolitisches Übergangsteam.«⁶

Mehrere hochrangige UN-Bedienstete, darunter der damals aus dem Amt scheidende UN-Generalsekretär Ban Ki-moon, verurteilten öffentlich die aggressive, menschenverachtende Politik, die Trump während des Präsidentschaftswahlkampfes propagierte, und die er vor seiner Amtsübernahme als designierter US-Präsident weiter öffentlich äußerte. UN-Generalsekretär Guterres hielt sich mit Kritik am neu gewählten Präsidenten zunächst zurück. Trumps schärfster Kritiker bei den Vereinten Nationen war und ist noch immer der Hohe Kommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte Zeid Ra'ad al-Hussein.⁷

Alles in allem war es kein vielversprechender Anfang für eine neue Beziehung und die Situation hat sich im Verlauf der Zeit nie wirklich verbessert.

Washingtons ewiges Lied: Schuld sind die UN

Erschwerend kommt hinzu, dass wichtige Entscheidungen, die Präsident Barack Obama in den letzten Wochen seiner Amtszeit getroffen hatte, den Zorn der Republikaner im Kongress entfachten. Die wiederum lenkten ihren Ärger auf die Vereinten Nationen. Am 23. Dezember 2016 hatten sich die USA bei einer Abstimmung im Sicherheitsrat, in der es um die Verurteilung des Siedlungsbaus Israels auf palästinensischem Gebiet ging, in einem historischen Schritt der Stimme enthalten anstatt ein Veto einzulegen.⁸

Natürlich hatten ›die‹ Vereinten Nationen keinen Einfluss auf die Stimmabgabe der USA, die eine Entscheidung der Obama-Regierung war. Trotzdem warf der republikanische US-Senator Lindsey Graham aus South Carolina den UN vor, antisemitisch zu sein. Mehrere führende republikanische Kongressabgeordnete beteuerten, dass den UN keine finanziellen Mittel von Seiten der USA mehr zur Verfügung gestellt werden, bis die Abstimmung widerrufen werde. Solche Beispiele verdeutlichen das fehlende Grundverständnis der meisten Amerikanerinnen und Amerikaner darüber, wie die Ver-

einten Nationen arbeiten und dass der Sicherheitsrat im Wesentlichen ein Ausschuss von diplomatischen Vertreterinnen und Vertretern ist, die von ihren Regierungen ernannt werden, aber kein Gremium, das sich aus ›internationalen Bürokraten‹ zusammensetzt.

Ein Schlag gegen Frauen und die Familienplanung weltweit

Die massiven amerikanischen Angriffe auf die UN und ihre Ideale begannen kurz nachdem Trump das Präsidentschaftsamt angetreten hatte und eine Flut an Dekreten erlies. Eine seiner ersten Direktiven, die er nur drei Tage nach seiner Amtseinführung unterzeichnete, traf den Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (United Nations Population Fund – UNFPA). Mit der Direktive wurde das so genannte ›Global Gag Rule‹ beziehungsweise die ›Mexico City Policy‹ wiedereingeführt. In Mexikostadt wurde diese Richtlinie der Republikaner wäh-

Die massiven amerikanischen Angriffe auf die Vereinten Nationen und ihre Ideale begannen kurz nachdem Trump sein Amt angetreten hatte und eine Flut an Dekreten erlies.

rend der internationalen Frauenkonferenz im Jahr 1984 erstmals öffentlich gemacht. Sie wurde unter US-Präsident Ronald Reagan verhängt und kürzt jeder Organisation – auch nichtstaatlichen Organisationen (NGOs) – die finanziellen Mittel, die Beratungen und Informationen zu Abtreibungen durchführen oder Schwangerschaftsabbrüche anbieten. Unter Berufung dieser Richtlinie strich Trump dem UNFPA alle finanziellen Zusagen, der unberechtigtweise beschuldigt worden war, in die rigide Zwangsabtreibungspolitik Chinas involviert zu sein.

UNFPA war nun gezwungen bis Mitte des Jahres 2017 wichtige Projekte zu beenden, die bisher von den USA gefördert wurden. Der Bevölkerungsfonds ist weltweit die größte Organisation mit Programmen – unter anderem zur Familienplanung,

⁶ Crossette, Vertrauliches Gespräch mit einem UN-Bediensteten im Büro des UN-Generalsekretärs, The \$64,000 Question: Can the UN Survive the Trump Era?, a.a.O. (Anm. 1).

⁷ United States Institute of Peace, U.N. Human Rights Chief on His ›Impossible Diplomacy‹, 16.2.2017, www.usip.org/events/un-human-rights-chief-his-impossible-diplomacy sowie Barbara Crossette, UN Human-Rights Chief Warns of a ›Political Earthquake‹ of Populism, 17.2.2017, www.passblue.com/2017/02/17/un-human-rights-chief-warns-of-a-political-earthquake-of-populism/

⁸ UN-Dok. S/RES/2334 v. 23.12.2016.

Mutterschaftshilfe und Förderung der reproduktiven Gesundheit. Während des letzten Amtsjahrs der Obama-Regierung wurde der UNFPA mit finanziellen Mitteln in Höhe von etwa 75 Millionen Dollar ausgestattet. Andere Staaten zögerten nach Trumps Erlass, die entstandene Lücke zu füllen.⁹ Diese Einschränkung von Frauenprogrammen führte schließlich dazu, dass die Reserven der Organisation aufgebraucht wurden. Der Druck auf die Gesundheitsversorgung von Mädchen und Frauen weltweit – insbesondere in den Entwicklungsländern –

Der Angriff auf internationale Programme zur Familienplanung ist ein Indiz dafür, dass Trump mit seiner Politik die extrem konservative Basis anspricht.

wurde in den folgenden Monaten weiter verschärft und untergräbt die liberaleren, auf Gleichberechtigung ausgelegten Politiken und Programme der UN.

»Waren während der Amtszeit früherer republikanischer US-Präsidenten hauptsächlich amerikanische Programme zur Familienplanung von den Restriktionen betroffen, so ist die Politik der Trump-Regierung heute praktisch auf weltweit all jene im Gesundheitsbereich tätigen Organisationen ausgerichtet, die von der US-Regierung gefördert werden«, lautet es in einem Bericht der Organisation Population Action International (PAI), einer Einrichtung für Forschung und Beratung in Washington, D.C.¹⁰

Der politische Angriff auf internationale Programme zur Familienplanung und Gesundheitsförderung von Müttern ist von Bedeutung, weil er zum einen ein Indiz dafür ist, dass Trump mit seiner Politik die extrem konservative Basis anspricht. Sie repräsentiert aber nicht zwangsläufig die Mehrheit der amerikanischen Bevölkerung. Zum anderen werden Trumps Maßnahmen zu einem Zeitpunkt eingeleitet, zu dem einige Gegenden in Afrika und Südasien angesichts der enormen Knappheit an natürlichen Ressourcen und aufgrund von Umweltzerstörungen einem starken Bevölkerungsdruck ausgesetzt sind.

Abwendung von Menschenrechtsfragen?

Die politischen Maßnahmen der Trump-Regierung ignorieren die weltweite Flüchtlingssituation und umfassen unter anderem die massive Begrenzung der Aufnahme von Flüchtlingen in den USA sowie Einreiseverbote für Menschen aus verschiedenen muslimischen Ländern. Diese Reisebeschränkungen wurden von amerikanischen Gerichten mit gemischten Ergebnissen behandelt. Darüber hinaus kündigte die Trump-Regierung Anfang Dezember 2017 an, dass sie an den Verhandlungen über den Globalen Pakt für eine sichere, geordnete und reguläre Migration¹¹ nicht mehr teilnehmen werde. Trump und seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sahen diesen möglichen Pakt offensichtlich als einen Affront gegen die amerikanische Souveränität und als ein Hindernis gegen neue Ausgrenzungspolitiken an.

Eine weitere Maßnahme der neuen US-Regierung war der Vorschlag, die USA könnten aus dem UN-Menschenrechtsrat (Human Rights Council – HRC) austreten. Dies spiegelt die Bereitschaft des Präsidenten wider, den extrem konservativen Einstellungen republikanischer Politiker sowie Wählerinnen und Wähler im Umgang mit den Vereinten Nationen entgegenzukommen. Der HRC sei antiisraelisch, bei der Wahl seiner Mitglieder unkritisch und es würde Staaten die Aufnahme in den HRC gewährt, die Menschenrechtsverletzungen begehen wie jüngst die Demokratische Republik Kongo. Versäumten die UN es weiterhin, den HRC zu reformieren, so würden die USA austreten, wiederholte UN-Botschafterin Haley die Androhung der USA im Frühsommer letzten Jahres.¹²

In Genf sagte Haley, der HRC müsse seinen Wahlprozess ändern – weg von den derzeit festgelegten Listen von Staaten, die von den Regionalgruppen für die Wahl vorgeschlagen werden und wodurch freie Plätze lediglich gefüllt würden. Es gehe darum, zu einem transparenten Wettbewerb zu kommen, bei dem die Menschenrechtssituation eines jeden Bewerberstaats streng geprüft werde. Als zweites forderte sie die »Aufhebung« des ständigen Tagesordnungspunkts 7 (Item 7) zur Lage der Menschenrechte in Palästina und in den besetzten arabischen Gebieten. Dieser würde eine Voreingenommenheit gegenüber Israel darstellen. Haleys Aus-

⁹ Barbara Crossette, With US Funds Gone, UN Population Fund Faces Brutal Choices in Helping Women, 27.8.2017, zu finden unter www.passblue.com/2017/08/27/with-us-funds-gone-un-population-fund-faces-brutal-choices-in-helping-women/

¹⁰ Population Action International, What You Need to Know About the Protecting Life in Global Health Assistance Restrictions on U.S. Global Health Assistance, 5.10.2017; der Bericht ist unter pai.org/reports/need-know-protecting-life-global-health-assistance-restrictions-u-s-global-health-assistance/ abrufbar.

¹¹ Siehe UN-Dok. A/RES/71/280 v. 6.4.2017.

¹² Barbara Crossette, In Geneva, Nikki Haley Dodges Questions of US Future in UN Rights Council, 6.6.2017, zu finden unter www.passblue.com/2017/06/06/in-geneva-nikki-haley-dodges-questions-of-us-future-in-un-rights-council/

führungen spiegeln ihre beständigen pro-israelischen Ansichten wider, die bei vielen Republikanern im Kongress auf Zustimmung stoßen. Sie bemüht sich keineswegs, ihre politischen Ambitionen, die über die Vereinten Nationen hinausreichen, zu verbergen. Eine gute Beziehung zum Kongress aufrechtzuerhalten, scheint ihr wichtig.¹³

Die Jerusalem-Entscheidung

Haleys harscher, fordernder Ton und ihr kompromissloser Stil sind zu ihrem Markenzeichen in den Diskussionen des UN-Sicherheitsrats geworden. Am 9. Dezember 2017 kritisierten fast alle anderen Sicherheitsratsmitglieder während einer Dringlichkeitssitzung Trumps Entscheidung, Jerusalem als die Hauptstadt Israels anzuerkennen. Sie warnten, dass dieser Schritt im Nahen Osten zu Gewalt und Instabilität führen könne. Haley wies diese Bedenken zurück. Sie sagte: »All diejenigen – jede Person, jeder Staats- und Regierungschef, jedes Land oder jede Terrorgruppe –, die nicht in gutem Glauben handeln und die in dieser Woche getroffene Entscheidung als Vorwand für Gewalt nutzen, beweisen damit, dass sie keine Partner des Friedens sind.«¹⁴

In einem Interview äußerte der Generalsekretär, dass er »die Hoffnung« habe, die Trump-Regierung könne die Friedensbemühungen im Nahen Osten zwischen Israel und Palästina voranbringen. Doch Trumps überstürzte Entscheidung, Jerusalem als die Hauptstadt Israels anzuerkennen und darüber hinaus das US-Außenministerium anzuweisen, den Umzug der amerikanischen Botschaft von Tel Aviv zu planen, »ist riskant und kann die Bemühungen kompromittieren«, so Guterres.¹⁵

Mit ihrer Entscheidung standen die USA auch innerhalb des UN-Sicherheitsrats isoliert da und mussten sich gegen heftig geäußerte Vorwürfe verteidigen. Schließlich legte Haley bei der Abstimmung

über einen Resolutionsentwurf zu Jerusalem am 18. Dezember 2017 das erste amerikanische Veto seit sechs Jahren ein.¹⁶ Alle 14 anderen Sicherheitsratsmitglieder stimmten für die Resolution und forderten damit die Trump-Regierung auf, ihre Entscheidung aufzuheben. Arabische und nicht-arabische muslimische Regierungen stellten sich geschlossen hinter die palästinensische Bevölkerung. Dass diese Ost-Jerusalem als die Hauptstadt Palästinas weitgehend anerkennen, wurde in Trumps Erklärung nicht berücksichtigt.

Adé Vereinte Nationen, adé multilaterale Vereinbarungen?

Ein schwer darzulegendes Problem ist das offensichtliche Ziel der Trump-Regierung, den Austausch der amerikanischen Bevölkerung mit der restlichen

English Abstract

Barbara Crossette

Trump and the United Nations pp. 3–8

At the start of 2017, the United Nations had a new secretary-general very experienced in both national politics and the work of the organization. The United States was about to inaugurate a president who had no political or foreign policy experience. It was obviously going to be an interesting year. When 2017 ended, the UN and other international organizations were under dismissive criticism and a financial squeeze by a president whose slogan was 'America First' and whose priorities were often in conflict with the UN's programs and ideals. Moreover, the UN had to operate against the backdrop of unprecedented chaos in American politics. For the Trump administration, its nationalist agenda and undiplomatic, sometimes insulting, style angered many UN members and left the US isolated, even among its traditional allies, on important global issues.

Keywords: USA, US-UN Relations, António Guterres, Nikki Haley, Donald Trump

- 13 Nikki Haley, Remarks at the Graduate Institute of Geneva on »A Place for Conscience: the Future of the United States in the Human Rights Council«, 6.6.2017, einzusehen unter usun.state.gov/remarks/7828
- 14 Dulcie Leimbach, Trump's Jerusalem Move Sparks Backlash From Powerful UN Members, 8.12.2017, www.passblue.com/2017/12/08/trumps-jerusalem-move-sparks-backlash-from-most-of-the-un-security-council/
- 15 UN Chief on US Jerusalem Move, North Korea, CNN Interview mit António Guterres, 10.12.2017, edition.cnn.com/videos/world/2017/12/10/antonio-guterres-entire-trump-jerusalem-move-north-korea-gps.cnn
- 16 Siehe UN-Dok. S/2017/1060 v. 18.12.2017 sowie United Nations News Centre, Middle East: Security Council Fails to Adopt Resolution on Jerusalem, v. 18.12.2017, einsehbar unter www.un.org/apps/news/story.asp?NewsID=58307#.Wjkaet-nG00
- 17 Barbara Crossette, American Culture Has Become More Open, International, and Diverse. Trump's Budget Would Reverse That, The Nation, www.thenation.com/article/american-culture-has-become-more-open-international-and-diverse-trumps-budget-would-reverse-that/
- 18 Executive Office of the President of the United States, Major Savings and Reforms, Budget of the U.S. Government, Fiscal Year 2018; der Bericht ist unter www.whitehouse.gov/wp-content/uploads/2017/11/msar.pdf einsehbar.
- 19 Barbara Crossette, Americans Want an Active Role in the World, Contrary to Trump's Actions, a Poll Finds, 14.11.2017, www.passblue.com/2017/11/14/americans-want-an-active-role-in-the-world-contrary-to-trumps-actions-a-poll-finds/
- 20 Barbara Crossette, American Culture Has Become more Open, International and Diverse; Trump's Budget Would Reverse That, 14.6.2017, www.thenation.com/article/american-culture-has-become-more-open-international-and-diverse-trumps-budget-would-reverse-that/

Drei Fragen an Tom Perriello

Welche Ursachen sehen Sie in der gegenwärtigen US-Kritik an den Vereinten Nationen?

Seit Gründung der UN steht die amerikanische Bevölkerung der Weltorganisation mit gemischten Gefühlen gegenüber. Die Amerikaner zeigen verhaltenen Stolz angesichts der Gründungsbeteiligung. Sie glauben irrtümlicherweise, die USA würden mehr für internationale Hilfe ausgeben als tatsächlich geschieht und verstehen sich berechtigterweise als der größte Beitragszahler der UN. Im Gegenzug würden die USA scheinbar nur Feindseligkeit erfahren. US-Präsident Donald J. Trumps Kritik an den UN äußert sich mehr in Ignoranz oder Polemik. Darüber hinaus forciert der Kongress ein Zurück zum Status quo ante der Führungsmacht USA. Unsere Verbündeten haben allen Grund dazu, besorgt zu sein. Am wahrscheinlichsten ist aber, dass die grundsätzlichen Verpflichtungen der USA Bestand haben.

Welche Aspekte der US-Regierung halten Sie für gerechtfertigt?

Die UN sind leider kein Leuchtturm der Demokratie und auch kein Bollwerk gegen Korruption. Sie sind eine unvollkommene Organisation in Zeiten einer schnellen Welt der sozialen Medien mit einem Sekretariat, das für die gesamte Menschheit spricht, aber für die fünf ständigen Mitglieder im Sicherheitsrat (P5) arbeitet. Sie sind oft gelähmt, weil die politischen Realitäten, die ihre Wirksamkeit verhindern, auch die einzigen sind, die sie zusammenhalten. Um eine multipolare Welt zu repräsentieren, wären UN-Reformen notwendig, die diese Widersprüchlichkeit einer beispiellosen Bündelung und gleichzeitigen Dezentralisierung der Macht widerspiegeln.

Zwischen den Jahren 2014 und 2015 koordinierten Sie die Erstellung des Berichts des US-Außenministeriums über die strategische Ausrichtung der US-Außenpolitik. Wie wichtig sollten in diesem Kontext die UN sein?

Die UN haben keine wichtigere Mission als die Verhinderung eines weiteren Weltkriegs. Die Wahrscheinlichkeit eines globalen Konflikts war zu meinen Lebzeiten noch nie so hoch wie heute. Neben andauernden Konflikten und unvorhersehbaren Flüchtlingskrisen sehen wir uns massiven ökonomischen Veränderungen durch die Automatisierung und künstliche Intelligenz gegenübergestellt, die ganze Beschäftigungszweige vernichten und Ungleichheit verstärken. Gleichzeitig bietet sie auch Chancen. Wenn sich die UN als Ort verstehen, der politische Antworten auch auf diese Entwicklungen findet, könnte sie ihre Ziele mehr als erfüllen.



Tom Perriello, geb. 1974, war in den Jahren 2009 und 2011 Abgeordneter des US-Repräsentantenhauses für den Bundesstaat Virginia.

Welt zu beenden. Es widerspricht eindeutig einem Menschheitsethos, für den die Vereinten Nationen stehen. Als die US-Regierung im Mai 2017 die Haushaltspläne für das Jahr 2018 öffentlich bekanntgab, waren vor allem jene Institutionen und Programme am stärksten von finanziellen Kürzungen betroffen, die den internationalen Dialog und das Verständnis zwischen den Kulturen fördern.¹⁷ Der Kongress hatte die Pläne – trotz dreimonatiger Verspätung – bis zum Ende des Jahres noch nicht verabschiedet. Kongressausschüsse haben jedoch bereits signalisiert, dass sie einige der vorgelegten Pläne nicht akzeptieren können.

Die amerikanische Gesellschaft von kulturellem, akademischem und intellektuellem Austausch zu isolieren, wird in einem 171-seitigen Bericht der US-Regierung deutlich artikuliert, der die formellen Haushaltsvorschläge ergänzt.¹⁸ Zu Gunsten der militärischen und nationalen Sicherheitsausgaben wurden die Gelder unter anderem für das Woodrow Wilson International Center for Scholars, die National Endowments for the Arts and the Humanities, die African Development Foundation, das International Food for Education Program – ein Programm zur Nahrungssicherheit in armen Ländern – sowie für das United States Institute of Peace erheblich gekürzt. Die Budgets des Peace Corps sowie des Fulbright-Austauschprogramms sollen vollkommen gestrichen werden.

Der Chicago Council on Global Affairs hatte im Sommer 2017 eine Umfrage durchgeführt, der zufolge sich die amerikanische Bevölkerung – ganz unabhängig von ihrer politischen Einstellung – eine aktive Rolle der USA in der Welt wünscht. Die Ergebnisse deuten auf einen erheblichen Widerstand gegenüber der ›America First‹-Politik hin, wenn diese bedeute, dass sich die USA aus der Zusammenarbeit in wichtigen internationalen Abkommen zurückziehe.¹⁹

Junge Amerikanerinnen und Amerikaner sind mit all den Annehmlichkeiten, die verschiedene kulturelle Institutionen bieten, aufgewachsen. Die Trump-Regierung erachtet es jedoch als nicht wertvoll, diese Institutionen mit staatlichen Mitteln zu unterstützen. Der ehemalige leitende Redakteur der New York Times Howard G. Goldberg nimmt ein Umdenken in den Köpfen der Menschen wahr. In einem Interview sagte er: »Jede von Trump und seinen Lakaien vorgenommene Kürzung scheint darauf abzuzielen, das Leben in den USA auf ihre eigenen altmodischen Lebenskonzepte zu reduzieren.«²⁰ Dies ist die dunkle, erdrückende Schattenseite von ›America First‹.

Aus dem Englischen von Monique Lehmann